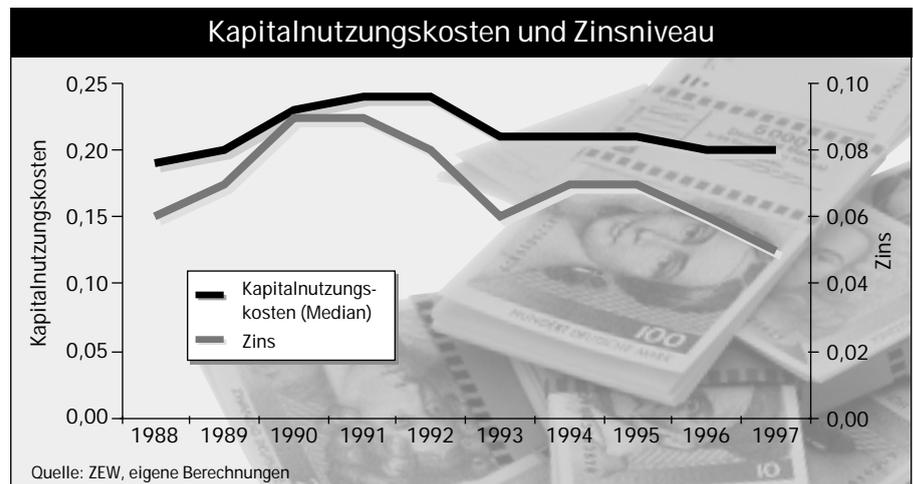


Investitionsverhalten und Besteuerung

Wie reagiert das unternehmerische Investitionsverhalten auf Änderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen? Dies ist nicht erst seit der letzten Steuerreformdiskussion eine aktuelle, aber empirisch umstrittene Frage. Das ZEW hat sie untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass steuerliche Rahmenbedingungen das Investitionsverhalten deutlich geringer beeinflussen, als bislang angenommen wurde.

■ Das ZEW hat mikroökonomische Investitionsfunktionen empirisch überprüft. Zentraler Gegenstand war, die Reaktion des unternehmerischen Investitionsverhaltens auf Änderungen der Kapitalnutzungskosten von 1987 bis 1997 zu messen. Hierzu wurden erstmals unternehmensspezifische Kapitalnutzungskosten aus Jahresabschlussdaten berechnet. Grundlage bildete die Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Die Entwicklung der Kapitalnutzungskosten wird im Untersuchungszeitraum deutlich vom Zinsniveau bestimmt (siehe Grafik). Weitere Einflussgrößen sind der Körperschaftsteuertarif, das unternehmerische Finanzierungsverhalten, welches aus einbehaltenen Gewinnen, Fremdkapital und Eigenkapital bestimmt wird, sowie die Investitionspolitik, die Gebäude, Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung umfasst. Hier zeigen die Analysen, dass neben der Reduzierung des Körperschaftsteuertarifs auch die Verlagerung von der Fremd- zur



Eigenfinanzierung durch einbehaltene Gewinne zur Veränderung der Kapitalnutzungskosten beigetragen hat.

Im Rahmen von panelökonometrischen Untersuchungen wurden Modelle mit autoregressiv verteilten zeitlichen Verzögerungen und Fehlerkorrekturmodelle geschätzt. Die geschätzten Elastizitäten der Investitionen in Bezug auf die Kapitalnutzungskosten liegen bei -0,4 und sind damit deutlich geringer als in makroökonomischen Arbeiten für Deutschland ermittelt. Vergleichbare mikroökonomische Studien für die USA führen indes zu ähnlichen Ergebnissen wie die Analysen des ZEW.

Steuerreform 2001 wirkt negativ

Anhand der geschätzten Elastizitäten können Steuerreformmaßnahmen hinsichtlich ihrer Investitionseffekte quan-

tifiziert werden. Setzt man beispielsweise die ab 2001 geltenden steuerlichen Rahmenbedingungen voraus, so steigen die quantifizierbaren Kapitalnutzungskosten. Dies wäre mit einer Reduzierung der Investitionsneigung verbunden. Hierzu ist allerdings anzumerken, dass der verwendete Ansatz nur zulässt, die Reduzierung des Körperschaftsteuertarifs und die Einschränkung der Abschreibungsverrechnung für Gebäude und Maschinen zu quantifizieren. Weitere Bestandteile der Bemessungsgrundlage können nicht berücksichtigt werden. Insbesondere der Wechsel des Körperschaftsteuersystems von der Vollanrechnung bei gespaltenem Steuertarif zum Halbeinkünfteverfahren bei einem einheitlichem Steuersatz lässt sich hinsichtlich der Investitionswirkungen bislang nicht quantifizieren. ◀

Fred Ramb, ramb@zew.de

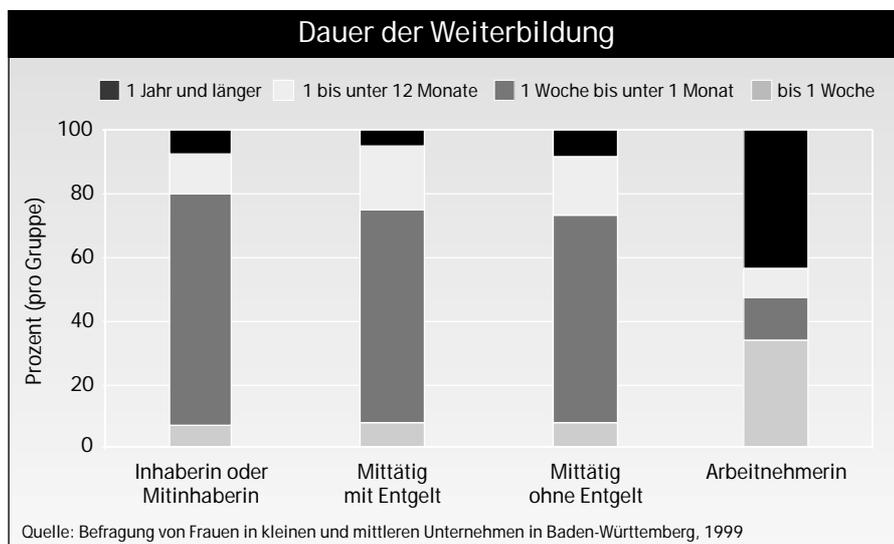
In dieser Ausgabe

Investitionen und Besteuerung	1
Mittätige Unternehmerfrauen	2
Innovationserhebung im Dienstleistungssektor	3
Exportbeschränkungen für Rohstoffe	4
ZEW-Workshop	5
ZEW-Neuerscheinungen, ZEW-Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

Forschungsergebnisse

Intensive Aus- und Weiterbildung ist mittätigen Unternehmerfrauen wichtig

Qualifiziertes Personal ist für den Erfolg eines Unternehmens unerlässlich. Besonders in kleinen und mittleren Unternehmen ist der Spielraum für die Einstellung qualifizierter Fachkräfte jedoch oft gering. Eine aktuelle Studie des ZEW, die unter anderem das Bildungsniveau und das Weiterbildungsverhalten mittätiger Unternehmer-Ehefrauen beziehungsweise Partnerinnen und regulärer Arbeitnehmerinnen vergleicht, verdeutlicht die Notwendigkeit eines hohen Qualifikationsniveaus mittätiger Frauen.



■ Im Rahmen einer Studie im Auftrag des Staats- und des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg wurden 1999 rund 1.200 mittätige Unternehmer-Ehefrauen beziehungsweise Partnerinnen sowie Mit- und Alleininhaberinnen in Baden-Württemberg befragt, unter anderem zu ihrem beruflichen Bildungsabschluss und zum Weiterbildungsumfang im vergangenen Jahr. Diese Angaben wurden dem Bildungsniveau und Weiterbildungsverhalten „regulärer“ Arbeitnehmerinnen gegenübergestellt.

Die Untersuchung zeigt, dass mittätige Frauen und Inhaberinnen besser ausgebildet sind und häufiger an einer Weiterbildung teilnehmen als Arbeitnehmerinnen. In der Gruppe der Arbeitnehmerinnen ist der Anteil der Frauen ohne beruflichen Abschluss am höchsten und die Weiterbildungsquote am geringsten. Dass sich das Weiterbildungsverhalten mittätiger Frauen und Inhaberinnen von dem normaler Arbeitnehmerinnen auch in qualitativer Hinsicht unterscheidet,

wird durch eine Analyse der Weiterbildungsdauer deutlich. So bilden sich mittätige Frauen und Inhaberinnen zwar häufiger weiter, Arbeitnehmerinnen nehmen aber in der Regel an längeren Kursen teil. Bei Inhaberinnen und mittätigen Frauen dominieren Weiterbildungskurse mit einer Dauer zwischen einer und vier Wochen (jeweils rund 70 Prozent der Kurse). Der entsprechende Anteil beläuft sich bei den Arbeitnehmerinnen auf nur zehn Prozent. Sie nehmen dagegen häufiger an relativ kurzen (bis eine Woche) und relativ langen (ein Jahr und länger) Weiterbildungskursen teil.

Die Tatsache, dass Inhaberinnen und Mittätige mit Entgelt häufig an einer Weiterbildung teilnehmen, unterstreicht auch die Notwendigkeit für die Unternehmen, sich an neue Entwicklungen anzupassen, beispielsweise in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, aber auch in anderen Bereichen wie Buchhaltung und Rech-

nungswesen. In kleinen und mittleren Unternehmen liegt der Druck dieser Anpassung meist auf den Schultern der Inhaberin oder der mittätigen Ehefrau, da ausreichend qualifiziertes Personal in kleinen Betrieben möglicherweise nicht zur Verfügung steht beziehungsweise der Spielraum für die Einstellung von Fachkräften gering ist.

Hohe Flexibilität notwendig

Die hohe Weiterbildungswahrscheinlichkeit der mittätigen Frauen im Vergleich zu den regulären Arbeitnehmerinnen ist zugleich ein Hinweis auf die hohe Flexibilität, die dieser Erwerbsgruppe abverlangt wird. Dafür spricht auch, dass bei mittätigen Frauen die Wahrscheinlichkeit, an einer Bildungsmaßnahme teilzunehmen, nicht aufgrund familiärer Umstände sinkt. Die Weiterbildungswahrscheinlichkeit bei Arbeitnehmerinnen dagegen wird negativ von der Haushaltsgröße und dem Vorhandensein von Kindern unter sechs Jahren beeinflusst.

Auch das Timing der Weiterbildungsaktivitäten im Verlauf des Erwerbslebens unterscheidet sich zwischen Arbeitnehmerinnen sowie mittätigen Frauen und Inhaberinnen. Inhaberinnen und Mittätige mit Entgelt, die weitgehend selbst über Zeitpunkt und Art der Weiterbildung entscheiden können, steigern ihre Weiterbildungsanstrengungen in den ersten Jahren des Erwerbslebens kontinuierlich. Arbeitnehmerinnen hingegen bilden sich mit zunehmender Erwerbsdauer immer seltener weiter. ◀

Frank Reize, reize@zew.de
Gaby Wunderlich, wunderlich@zew.de

Forschungsergebnisse

Ausfuhrbeschränkungen für Rohstoffe als industriepolitisches Instrument

Die indonesische Regierung unterstützt seit Ende der Siebzigerjahre den Ausbau der heimischen Holzindustrie durch Exportbeschränkungen für das unbearbeitete Stammholz, etwa durch Exportsteuern. Dadurch verlor Indonesien zwar seine Rolle als Weltmarktanbieter von Stammholz, entwickelte sich aber in den Neunzigerjahren zum Weltmarktführer bei Schnitt- und Sperrholz. Eine ZEW-Studie untersucht, ob maßvollere Förderpolitiken oder gar ein Verzicht auf Förderung zu höheren Exporterlösen geführt hätten.

■ Auf der Grundlage ökonometrischer Schätzungen der Inlands- und Exportmärkte der mit Abstand bedeutendsten indonesischen Holzprodukte Stammholz, Schnittholz und Sperrholz wurden drei verschiedene Szenarien berechnet. Eines repräsentiert die tatsächlich verfolgte Politik (BASELINE), die beiden anderen simulieren keine (NEUTRAL) beziehungsweise moderate Exportsteuern (MODERAT). Ein wichtiger Aspekt der Analysen war die Tatsache, dass Indonesien als relativ großer Anbieter bei allen drei Produkten durch Variationen seines Exportangebots einen Einfluss auf die Produktionskapazitäten in Drittländern und auf die Weltmarktpreise ausüben kann.

Der Vergleich der in Indonesien verfolgten Politik mit den zwei alternativen Szenarien lässt erkennen, dass die Erfolge beim Aufbau der Holzbearbeitenden Industrie teuer erkauft wurden. So hätte eine Politik ohne jegliche Fördermaßnahmen um 17,5 Milliarden US-Dollar höhere Nettoexporterlöse erzielt als die faktische Politik (35,8 Milliarden US-Dollar). Eine Politik, die sich in der

Außenhandelspolitik auf mäßig hohe Exportsteuern für alle drei genannten Holzprodukte beschränkt hätte, wäre sogar mit um 42,5 Milliarden US-Dollar höheren Nettoexporterlösen einhergegangen. Diese in 1990er Preisen für den Zeitraum 1976 bis 1992 berechneten Nettoerlöse berücksichtigen dabei gegenüber den Bruttoerlösen auch die wieder abfließenden Devisen für Importe von Vorleistungen und für ausländische Faktor- und Renteneinkommen.

Moderate Exportsteuern bringen höchste Devisenerlöse

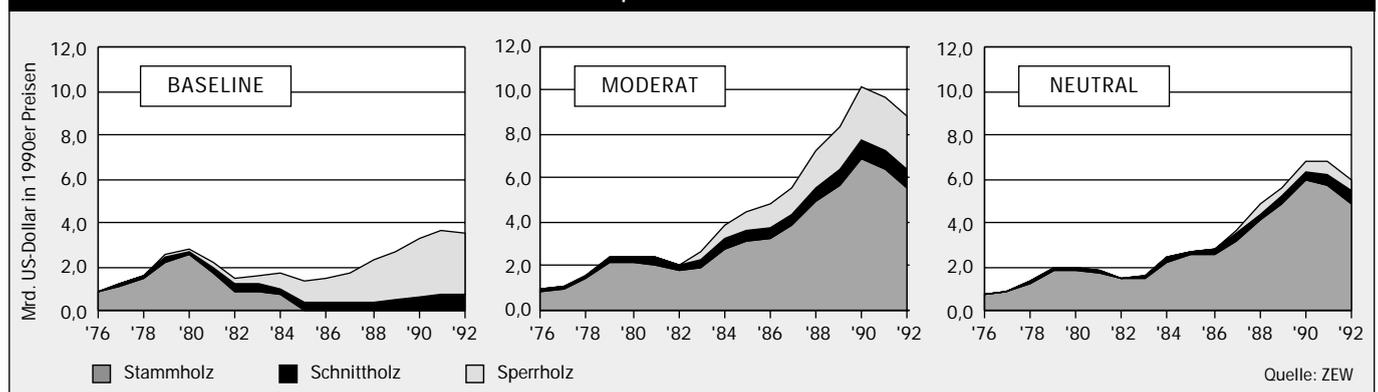
Besonders aufschlussreich ist der Vergleich zwischen der moderaten Exportförderung und der neutralen Politik (siehe Grafik). Ohne jegliche Ausfuhrbeschränkungen bleibt die Holzexportstruktur im Szenario NEUTRAL geprägt durch reine Stammholzexporte, deren Volumen und Preise allerdings ansteigen. Im MODERAT-Szenario gelingt es aber, auch die Schnittholz- und Sperrholzexporte deutlich zu erhöhen. Insgesamt ist diese Politik auch mit Abstand

am besten geeignet, die Nettodevisenzufuhr aus Holzexporten zu erhöhen.

Der wesentliche Vorzug einer moderaten oder neutralen Förderpolitik gegenüber der faktisch verfolgten Politik liegt in den insgesamt größeren Exportmengen. Im MODERAT-Szenario kommt noch die günstigere Exportpreisentwicklung hinzu. Grund hierfür ist, dass durch die Exportsteuer, die bei einer moderaten Politik für alle drei Produkte konform mit 40 Prozent angesetzt wird, der Exportpreis deutlich steigt, da die Exportnachfrage relativ preisunelastisch ist. Die Exportmengen bei der faktischen Politik sind deshalb so gering, weil die Schnittholz- und Sperrholzindustrie vom Volumen her nicht entsprechend der drastischen Rückführung der Stammholzexporte aufgebaut wurde. Bei der moderaten beziehungsweise neutralen Förderpolitik hingegen erfolgt eine besser abgestimmte Ablösung der Stammholzexporte durch Schnittholz- und Sperrholzexporte, sodass über den gesamten Zeitraum hinweg ein insgesamt höheres Exportvolumen ermöglicht wird. ◀

Dr. Karl Ludwig Brockmann, brockmann@zew.de

Nettodevisenerlöse aus Holzexporten bei verschiedenen Politikverläufen



Forschungsergebnisse

Ostdeutscher Handel und Verkehr hat bei Innovationen die Nase vorn

Ostdeutsche Unternehmen der Branchen Handel und Verkehr sind deutlich innovativer als westdeutsche. Sowohl der Anteil innovativer Unternehmen als auch der Anteil der Innovationsaufwendungen gemessen am Umsatz liegen bei diesen distributiven Dienstleistern in den neuen Bundesländern über den Werten für Westdeutschland. Dies zeigt die aktuelle Innovationserhebung im Dienstleistungssektor, die das ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung seit 1994 jährlich durchführt.



■ Das ZEW hat 1999 im Rahmen einer repräsentativen Erhebung etwa 2.500 Dienstleister zu ihren Innovationsaktivitäten befragt und die Ergebnisse für Deutschland hochgerechnet. 1998 haben knapp 19.000 ostdeutsche Unternehmen in Handel und Verkehr neue oder merklich verbesserte Dienstleistungen auf den Markt gebracht. Das entspricht einem Anteil von 58 Prozent an allen Unternehmen dieser Branchen. In Westdeutschland liegt dieser Anteil dagegen nur bei 50 Prozent. Die distributiven Dienstleister in Ostdeutschland investieren auch einen größeren Anteil ihres Umsatzes in Innovationsprojekte. Von jeder Million Umsatz werden durchschnittlich 14.000 Mark für die Entwicklung neuer Dienstleistungen eingesetzt, in Westdeutschland lediglich die Hälfte.

Ostdeutsche Unternehmen in Handel und Verkehr schneiden im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen nicht nur hinsichtlich des Innovationsinputs gut ab, sondern auch beim Erfolg ihrer Innovationen. Sie entwickeln zwar seltener

grundlegend neue Dienstleistungen und erweitern statt dessen ihr Angebot durch die Integration neuer, bereits von Dritten eingeführter Technologien und Dienstleistungsprodukte. Mit diesen sind die ostdeutschen Unternehmen erfolgreich: Der Umsatzanteil, den sie mit neuen oder wesentlich verbesserten Dienstleistungen erzielen, liegt mit 23 Prozent deutlich über Westniveau (18 Prozent). Erfolgreich sind ostdeutsche distributive Dienstleister auch beim Einsatz kostenreduzierender Verfahren: Sie konnten 1998 fast drei Prozent ihrer Kosten durch den Einsatz neuer Prozesse einsparen. In Westdeutschland lag diese Kostenreduktion unter zwei Prozent.

Forschung und Entwicklung

Auch bei der Bereitschaft, Forschung und Entwicklung (FuE) durchzuführen, unterscheiden sich Unternehmen in Ost- und Westdeutschland. Annähernd acht Prozent der ostdeutschen Unternehmen in Handel und Verkehr gaben an, in den

vergangenen drei Jahren FuE-Projekte durchgeführt zu haben (gegenüber fünf Prozent in den alten Bundesländern). Selbst wenn man berücksichtigt, dass Unternehmen im Osten diese FuE-Aktivitäten nur gelegentlich durchführen, während im Westen FuE eher kontinuierlich betrieben wird, zeigt sich doch, dass Unternehmen dieser Branchen in den neuen Bundesländern der FuE-Tätigkeit größere Bedeutung beimessen.

Die Ergebnisse des ZEW bedeuten, dass die häufig getroffene Aussage zu kurz greift, Unternehmen in Westdeutschland seien innovativ, Unternehmen in Ostdeutschland hingegen noch im Aufholprozess begriffen und daher weniger innovativ. Die Trennlinie verläuft nicht stereotyp zwischen Ost und West, sondern auch zwischen einzelnen Wirtschaftsbereichen: Bei den unternehmensnahen Dienstleistern, wie etwa Beratungsunternehmen und EDV, liegt der Anteil innovativer Unternehmen in den neuen Bundesländern tatsächlich niedriger als in den alten. Bei den distributiven Dienstleistungen ist das Verhältnis jedoch genau umgekehrt.

Gerade diese Heterogenität des Dienstleistungssektors erschwert es, mit allgemeinen staatlichen Fördermaßnahmen tatsächlich die Unternehmen zu erreichen, die unterstützt werden sollen. Eine allein regional ausgerichtete Förderung ist dann nicht zweckmäßig, wenn damit auch Wirtschaftszweige gefördert werden, die sich bereits durch intensive Innovationsaktivitäten auszeichnen. Eine Unterstützung alleine nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt würde wiederum die regionalen Unterschiede vernachlässigen. ◀

Günther Ebling, ebling@zew.de

ZEW-Workshop

Handelbare Umweltzertifikate – eine alte Idee hat Konjunktur

■ Am 4. September 2000 luden das ZEW und die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) zu einem gemeinsamen Workshop nach Hamburg ein. Die Veranstaltung „Umweltzertifikate – Wie funktioniert das?“ fand im Rahmen des von der Europäischen Kommission teilgeführten Projekts RECerT (The European Renewable Electricity Certificate Trading Project) statt.

Einführend ordneten die Organisatoren Helmuth Groscurth (HEW) und Isabel Kühn (ZEW) die Zertifikatediskussion in die ökonomische Debatte um umwelt- und klimapolitische Instrumente ein. Anhand zweier Anwendungsbereiche, den Grünen Zertifikaten zur Förderung erneuerbarer Energien und dem CO₂-Emissionsrechtehandel zum Erreichen klimapolitischer Ziele, sollten wesentliche Elemente dieses Instruments während des Workshops analysiert werden.

Zunächst erläuterte Christof Timpe vom Öko-Institut, Freiburg, die Grundidee eines Handelssystems mit Grünen Zertifikaten und die Anwendungsmöglichkeiten für Gesetzgeber und Unternehmen. Am Beispiel der europäischen RECS-Initiative (Renewable Energy Certificate System) zeigte er, dass bei verschiedenen Gruppen großes Interesse an der Einrichtung eines grenzüberschreitenden Handelssystems besteht.

Der nächste Vortrag beschäftigte sich mit ausgewählten Schlüsselvariablen eines Zertifikatesystems. Hans Cleijne von KEMA, Arnheim, stellte die Ergebnisse eines Laborexperiments vor, in dem die Preiseffekte von verschiedenen Möglichkeiten des Banking und Borrowing sowie von unterschiedlich hohen Strafzahlungen untersucht wurden. Er mahnte zur Vorsicht bei der Option auf uneingeschränktes Banking, da dieses

im Experiment einen starken Preisdruck nach oben bewirkt habe.

Isabel Kühn vom ZEW gab einen Überblick über den aktuellen Ordnungsrahmen für Strom aus erneuerbaren Energien in einzelnen EU-Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene. Sie stellte europaweit einen Trend zu mengenorientierten Zertifikatesystemen fest. Allerdings würden alle Staaten Sonderregelungen planen, die zu Wettbewerbsverzerrungen führten und die nationalen Systeme wenig kompatibel machten.

Im Anschluss machte Thomas Roller, Stromhändler bei HEW, deutlich, wie sehr der neue Wettbewerbsrahmen den deutschen Strommarkt verändert hat. Er präsentierte eine Palette an Instrumenten zum Risikomanagement, über die auch Strom aus erneuerbaren Energien am Markt partizipieren könnte. Gegenüber Wetterderivaten, Grünen Zertifikaten oder Emissionsrechten als neuen Handelsprodukten und Geschäftsfeldern zeigte er sich aufgeschlossen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung lag der Schwerpunkt der Vorträge auf dem Handel mit Emissionsrechten als effizientem Instrument der Klimapolitik. Dies wird in der deutschen Politik erst seit wenigen Monaten diskutiert. Unter anderem hat dazu der Vorschlag beigetragen, eine deutsche Emissionshandelsgruppe nach britischem Vorbild einzurichten. Frank Steffe, Referent der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, stellte Einzelheiten des Vorschlags vor.

Auch der erste transatlantische Handel mit CO₂-Emissionsrechten zwischen HEW und dem kanadischen Unternehmen TransAlta hat Bewegung in die deutsche Debatte gebracht. Helmuth Groscurth (HEW) gab dazu Hinter-

The European Renewable Electricity Certificate Trading Project (RECerT)

Ziel des RECerT-Projekts ist es, potenzielle Akteure in den EU-Mitgliedstaaten mit den Mechanismen eines marktgesteuerten Zertifikatesystems vertraut zu machen. Zu diesem Zweck werden in einer Reihe nationaler Workshops und internationaler Konferenzen aktuelle Entwicklungen und Forschungsergebnisse präsentiert. Außerdem können Unternehmen und andere Entscheidungsträger durch eine Internet-gestützte Simulation des Zertifikatehandels wertvolle Einblicke in die Funktionsweise von Zertifikatemärkten gewinnen.

Die Unterlagen zum Workshop sind unter <http://recert.energyprojects.net> im Internet abrufbar.

grundinformationen und stellte die mit flexiblen klimapolitischen Instrumenten verbundenen Chancen und Risiken aus Unternehmensperspektive dar. Er betonte, dass die deutsche Politik den Unternehmen diese Instrumente nicht vorenthalten dürfe.

In der abschließenden Präsentation „Aktivitäten zum Emissionshandel in der EU“ von Isabel Kühn kam zum Ausdruck, dass Deutschland in der Auseinandersetzung mit Zertifikatesystemen eher eine Nachzüglerrolle spiele. Außerdem drohe die Gefahr, dass nationale Lösungen den EU-weiten Handel noch auf Jahre behinderten.

Während der Pause hatten die Workshop-Teilnehmer Gelegenheit, bei einem Börsenspiel Erfahrungen mit dem Zertifikate-Handel zu sammeln. ◀

Isabel Kühn, kuehn@zew.de

ZEW-Termin

Wirtschaftspolitik aus erster Hand

Dr. Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, spricht zum Thema „Was hat das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit tarif-, beschäftigungs- und bildungspolitisch gebracht?“

Termin: 7. November 2000 Ort: ZEW Mannheim Information: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, E-Mail voss@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ ZEW Dokumentationen

Buscher, Herbert; Stirböck, Claudia; Tykrová, Tereza; Westerheide, Peter: *Unterschiede im Transmissionsweg geldpolitischer Impulse*, Nr. 00-07.

Schröder, Helmut; Zwick, Thomas: *Identifizierung neuer oder zu modernisierender, dienstleistungsbezogener Ausbildungsberufe und deren Qualifikationsanforderungen*. Band 1: *Gesundheitswesen; Botanische/zoologische Gärten/Naturparks; Sport*. Band 2: *Werbung; neue Medien; Fernmeldedienste; Datenverarbeitung und Datenbanken*. Band 3: *Technische Untersuchung und Beratung; Architektur- und Ingenieurbüros; Unternehmens- und Public-Relations-Beratung*. Band 4: *Verwaltung von Grund-*

stücken, Gebäuden und Wohnungen; mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten; Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Messewirtschaft. Band 5: *Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal; gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften; Personen- und Objektschutzdienste; Verkehrsvermittlung; Reiseveranstalter und Fremdenführer*. Nr. 00-08.

Franz, Wolfgang; Gutzeit, Martin; Lessner, Jan; Oechsler, Walter A.; Pfeiffer, Friedhelm; Reichmann, Lars; Rieble, Volker; Roll, Jochen: *Flexibilisierung der Arbeitsentgelte und Beschäftigungseffekte – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung*, Nr. 00-09.

■ Discussion Papers

Kaiser, Ulrich; Pfeiffer, Friedhelm: *Tarifverträge und Beschäftigungspolitik in Dienstleistungsunternehmen*, No. 00-34.

Buergel, Oliver; Fier, Andreas; Licht, Georg; Murray, Gordon: *Internationalisation of High-Tech Start-Ups and Fast Growth-Evidence for UK and Germany*, No. 00-35.

Winker, Peter; Beck, Martin: *International Spillovers and Feedback: Modelling in a Disequilibrium Framework*, No. 00-36.

Zwick, Thomas; Muysken, Joan: *Wage Divergence and Unemployment: The Impact of Insider Power and Training Costs*, No. 00-37.

Czarnitzki, Dirk; Kraft, Kornelius: *Haftungsregeln und Innovation*, No. 00-38.

ZEW Wirtschaftsanalysen / Schriftenreihe des ZEW

Herbert Buscher, Martin Falk, Klaus Göggelmann, Johannes Ludsteck, Viktor Steiner und Thomas Zwick:

Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die in den vergangenen Jahren aufgeworfene These der Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung ist zum Angelpunkt heftiger wirtschaftspolitischer Debatten geworden. Sie stellt die Wirksamkeit traditioneller arbeitsmarkt- und konjunkturpolitischer Instrumente – Nachfragesteuerung und Lohnpolitik – grundsätzlich in Frage. Daneben werden wirtschaftspolitische Strategien und Institutionen in der Bundesrepublik mit Blick auf das amerikanische „Jobwunder“ zunehmend als obsolet und unflexibel eingestuft. Der Band überprüft die Entkoppelungsthese mit Hilfe deskriptiver und moderner ökonometrischer Verfahren und kommt dabei zum überraschenden Ergebnis, dass der konjunkturelle Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung im Zeitverlauf sogar enger geworden ist. Die Situation des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik wird anhand eines internationalen Vergleichs mit drei Referenzländern (Großbritannien, Niederlande und USA), die wiederholt als Vorbilder für Deutschland bezeichnet wurden, beurteilt. Separat untersucht werden die neuen Bundesländer und einzelne Wirtschaftssektoren.

Band 48, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2000, ISBN 3-7890-6716-4

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Verrechnungspreise, 24. Oktober 2000, ZEW-Gebäude.

Unternehmensnachfolge – Wer und was kommt, wenn Sie gehen?, 26. Oktober 2000, ZEW-Gebäude.

Wirtschaftliche Fragestellungen kompetent analysieren, 27. Oktober 2000, ZEW-Gebäude.

Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren, 10. November 2000, ZEW-Gebäude.

■ E-Commerce – Wettbewerbsvorteile realisieren

Strategie – Ökonomische Auswirkungen und politische Herausforderungen von E-Commerce, 11. Oktober 2000, ZEW-Gebäude.

Controlling – Controllingansätze im E-Business, 18. Oktober 2000, ZEW-Gebäude.

Medienpsychologie – Erfolgskriterien für E-Commerce-Auftritte, 25. Oktober 2000, ZEW-Gebäude.

■ Informationen zu den Veranstaltungen

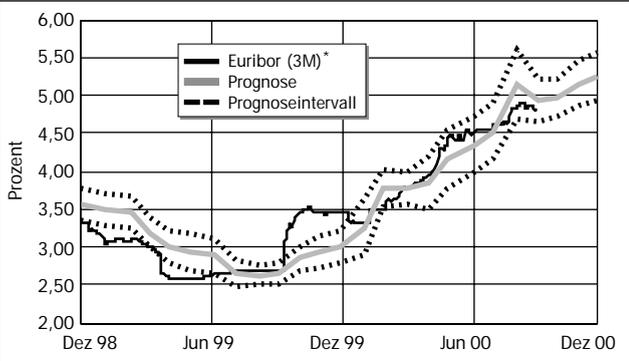
Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu.

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail: pauli@zew.de

Daten und Fakten

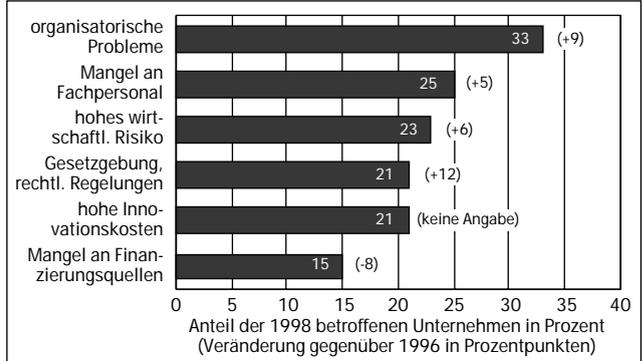
Finanzmarkttest im September: Angst vor Inflationsspirale im Euroraum



Quelle: ZEW

Nach Ansicht der Finanzexperten wird der Ölpreis bis zum Jahresende über der Marke von 30 Dollar/Barrel verharren. Dies verschlechtert die Inflationperspektive in der Eurozone. Daher erwarten die Experten, dass die EZB die Leitzinsen bis Jahresende um weitere 50 Basispunkte anheben wird. Wim Duisenberg hat Tarifparteien und Fiskalpolitiker davor gewarnt, die ölpreisbedingten Einkommensverluste durch preistreibende Lohnabschlüsse oder unsolide Steuerentlastungen auszugleichen. Die Experten rechnen damit, dass der EZB-Präsident in den nächsten Monaten seinen Worten Taten folgen lassen wird, damit eine Inflationsspirale gar nicht erst entstehen kann.
Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

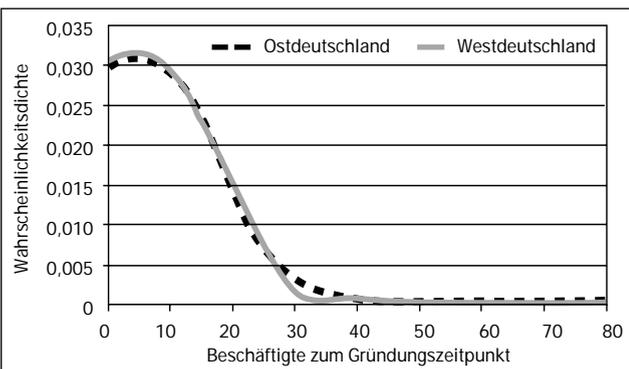
Organisatorische Probleme und Fachpersonalmangel hemmen Innovationen



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1999

In der Branche der Unternehmensberater war der Anteil innovativer Unternehmen 1998 mit 69 Prozent im Vergleich zum gesamten Dienstleistungssektor (58 Prozent) überdurchschnittlich hoch. Doch in dem Bemühen, neue Dienstleistungen oder Verfahren einzuführen, sehen sich immer mehr Berater mit Hemmnissen konfrontiert. Dabei sind es weniger hohe Innovationskosten oder fehlende Finanzierungsquellen, die Unternehmen bremsen, sondern vor allem organisatorische Probleme. Auch der Mangel an Fachpersonal erweist sich in der Branche zunehmend als Ursache dafür, dass Innovationen gar nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden.
Bettina Peters, b.peters@zew.de

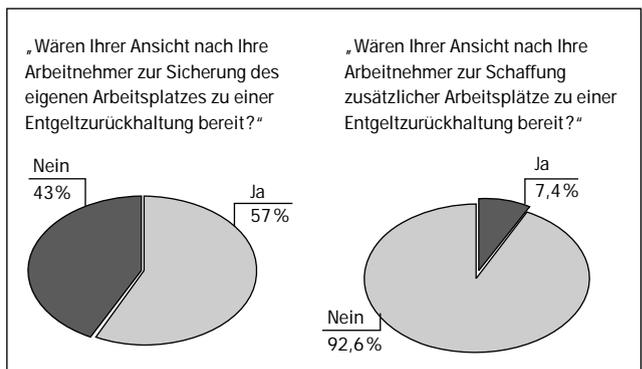
Gründungsgrößen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich nur wenig



Quelle: Auswertungen der ZEW-Unternehmensbefragung; eigene Berechnungen

In einer von der DFG geförderten Befragung gaben rund 2.100 Unternehmen, die zwischen 1989 und 1994 gegründet worden waren, Auskunft über ihre Markteintrittsgröße. Ost- und westdeutsche Unternehmen unterscheiden sich hinsichtlich der Verteilung der Unternehmensgröße zum Gründungszeitpunkt nur unwesentlich, wobei die für die Verteilung der Unternehmensgröße typische rechtsschiefe Form zu erkennen ist. Der Median der Markteintrittsgröße, der sich unempfindlicher gegenüber Ausreißern verhält, liegt in Ost- und Westdeutschland bei drei Beschäftigten. Die Werte für die einzelnen Wirtschaftszweige weichen allerdings von dieser Zahl ab.
Matthias Almus, almus@zew.de

Bereitschaft zur Zurückhaltung beim Entgelt zur Schaffung von Arbeitsplätzen gering



Quelle: ZEW

In einer ZEW-Umfrage machten mehr als 500 Unternehmen Angaben zur Bereitschaft ihrer Arbeitnehmer zur Entgeltzurückhaltung. Aus der Sicht von 57 Prozent der Unternehmen sind ihre Arbeitnehmer zwar zur Entgeltzurückhaltung bereit, um den eigenen Arbeitsplatz zu sichern. Aber nur 7,4 Prozent der Unternehmen sind überzeugt, dass ihre Arbeitnehmer beim Verdienst zurückstecken würden, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Damit aber der arbeitskostenbedingte Anteil der Arbeitslosigkeit reduziert und so zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, müssten sich je nach Region und Qualifikation auch die Entgelte zurückhaltend entwickeln.
Dr. Friedrich Pfeiffer, pfeiffer@zew.de



Arbeitsverträge

Die Bundesregierung stand vor der Entscheidung, ob sie die zum Jahresende auslaufende Gültigkeit des Beschäftigungsförderungsgesetzes verlängern soll, welches unter anderem eine Befristung der Arbeitsverhältnisse bis zu zwei Jahren ohne größeren Begründungszwang erlaubt. Die Arbeitgeberverbände sprechen sich dafür aus, die Gewerkschaften lehnen dies unter Hinweis auf die soziale Gerechtigkeit scharf ab.

Statt der nunmehr geplanten Regelung hätte eine sinnvollere Option darin bestanden, die Geltungsdauer dieses Gesetzes solange zu erweitern, bis eine zufrieden stellende Rechtslage über den Kündigungsschutz geschaffen ist. Denn das Beschäftigungsförderungsgesetz wäre überflüssig, läge das Kündigungsrecht nicht im Argen.

Vor Übertreibungen beim allgemeinen Wehklagen sei allerdings ausdrücklich gewarnt. Selbstverständlich ist es nicht so, dass in Deutschland niemand entlassen werden könnte. Sonst gäbe es kaum rund 3,5 Millionen Personen, die im vergangenen Jahr von einem Arbeitsplatz allein in die Arbeitslosigkeit wechselten (in dieser Zahl sind aber die Selbstkündigungen der Arbeitnehmer enthalten). Des Weiteren liegt empirische Evidenz dafür vor, dass in Deutschland – wie übrigens auch und entgegen vielfacher Befürchtungen in den Vereinigten Staaten – die Mehrzahl der Beschäftigungsverhältnisse recht stabil ist, weil beide Seiten daran interessiert sind, etwa wenn Unternehmen in die Qualifikation der Mitarbeiter investiert haben und Arbeitnehmer mit zunehmendem Alter regional immobiler werden. Insoweit wäre das Kündigungsrecht nicht hinderlich. Das Problem liegt an anderer Stelle.

Aufgrund unbestimmter Rechtsbegriffe im Kündigungsschutzgesetz hat sich in Deutschland die Arbeitsgerichtsbarkeit des Kündigungsrechts bemächtigt, sodass es heute Richterrecht darstellt. Dabei bleiben allerdings ökonomische Gesichtspunkte häufig auf der Strecke. Beispiele für zumindest im Hinblick auf ihre psychologische Wirkung

verheerende Urteile von einigen Arbeitsgerichten sind Legion. Vor allem durch den besonderen Kündigungsschutz werden auch Drückeberger und Störenfriede geschützt, und zwar zu Lasten der übrigen Belegschaft. Unternehmen müssen beispielsweise bei notorischer Unpünktlichkeit erst einmal die Störung des Produktionsablaufs stichhaltig beweisen, und im Streitfall bringt die Auflösung eines Arbeitsverhältnisses oft eine längere Verfahrensdauer mit sich als die Scheidung einer Ehe.

Kurzum, der Ausgang von Arbeitsgerichtsprozessen ist häufig kaum prognostizierbar. Dies hat zur Folge, dass sich Unternehmen mit Hilfe von Abfindungen vom Kündigungsschutz freikaufen. Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass der deutsche Kündigungsschutz allmählich zu einem Abfindungshandel degeneriert (ist), mit entsprechenden Kosten und Beschäftigungseinbußen.

Hier ist dringend Abhilfe geboten durch ein klares Kündigungsschutzgesetz, welches den Arbeitnehmer vor willkürlichen Entlassungen schützt, die Freisetzung aus betrieblichen Gründen erleichtert und die Sozialauswahl zumindest sehr restriktiv fasst, um nicht nur die Arbeitsplatzbesitzer zu Lasten der Arbeitslosen zu schützen. Ihrer möglichen Risikoaversion können Arbeitnehmer dadurch Rechnung tragen, dass eine freiwillige Versicherung eingerichtet wird, deren Beiträge die Arbeitnehmer entrichten und die bei betriebsbedingten Entlassungen die Kosten eines Arbeitsplatzwechsels (etwa Such- und Umzugskosten, nicht aber den Lohnausfall) ersetzt. Wenn diese Versicherungen institutionell bei Unternehmen angesiedelt werden, sinkt vielleicht sogar die Entlassungshäufigkeit.

Noch besteht im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren die Möglichkeit zur Kurskorrektur.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher